MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.

Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist auf der Herrenstraße Nr. 20.

№ 274. Sonnabend den 22. November 1845.

Inland.

Berlin, 19. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Kapellmeister Dr. Franz Ries in Bonn den rothen Adler-Orden drit er Klasse; dem Schullehrer Kummer zu Schleiden, Regierungs-Bezirks Aachen, das allgemeine Ehrenzeichen; dem Schiffer Johann Rockenfeller zu Fahr a. Rh. und dem Friedrich Cramer aus Bochum, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Angekommen: Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Gouverneur von Magdeburg, Prinz Georg zu Hessen, von Magdeburg. Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und Commandeur der Garde-Kavalerie, von Tümpling, von Koblenz. Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Ober-Ceremonienmeister, Graf Pourtales, aus der Schweiz.

Berlin, 20. Nov. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Bombardier Bänge der 5. und dem Hornisten Schleuer der 8. Artillerie-Brigade die Rettungs-Medaille am Bande; und den Geheimen expedirenden Secretairen und Kalkulatoren Wernicke und Petersson bei dem Kriegs-Ministerium, so wie dem Intendantur-Sekretär Brückner bei der Militär-Intendantur des 6. Armee-Corps, den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Führer des Barkschiffes „Amalia," Capitain Radmann aus Ueckermünde, die Anlegung der ihm verliehenen königl. dänischen Medaille „Für edle That," mit dem Bande, zu gestatten.

Angekommen: Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königl. hannoverschen und mehreren anderen norddeutschen Höfen, Kammerherr Graf von Seckendorff, von Hannover. — Abgereist: Se. Excellenz der General-Lieutenant und General-Adjutant Sr. Majestät des Königs, von Neumann, nach Neu-Strelitz. Se. Erlaucht der Graf Alfred zu Stolberg-Stolberg, nach Stolberg.

× **Berlin**, 19. Novbr. Nehmen Sie einmal eine bunte Reihenfolge von allerhand Neuigkeiten. — Die Bevollmächtigten der hiesigen „Genossenschaft für Reform im Judenthum" haben heute Abend eine General-Versammlung angesetzt, um einen geordneten und regelmäßigen Gottesdienst zu beschließen. Dies darf man als einen wichtigen Abschnitt in der ganzen Bewegung, welche übrigens einen glücklichen Fortgang nimmt, betrachten. Der Gottesdienst soll nach den Prinzipien eingerichtet werden, welche beim Neujahrs- und Versöhnungsfest zur Anwendung kamen und sich damals allgemeinster Zustimmung erfreuten. Auffallend ist die Proposition, daß ein solcher Gottesdienst wöchentlich zweimal am Sonnabend und Sonntag stattfinden soll. Man darf dies als einen Versuch ansehen, christlichen und jüdischen Ritus mit einander zu vermitteln. — Gleichzeitig wird diesen Nachmittag das Jahresfest der Städteordnung im Kroll'schen Lokal durch ein solennes Mittagsmahl gefeiert. Sie sehen es herrschen in Berlin andere Ansichten als in Breslau; wir untersuchen nicht welche die richtigeren seien. Der Kroll'sche Saal ist auf das Prachtvollste dekorirt und man meint, daß Viele unserer ersten Staatsbeamten Theil nehmen werden. Vielleicht daß dabei ein gutes Einvernehmen nach allen Seiten befestigt werden wird. — Herr Moritz Manheimer ist jetzt wirklich damit beschäftigt, im Oelhandel ähnliche Reformen durchzusetzen, als im Getreidehandel. Es geschieht dies in Folge besonderer Aufforderung mehrerer der ersten hiesigen Handlungshäuser, welche das Oelgeschäft in seiner jetzigen Gestaltung für unhaltbar erklären. Einen andern Weg nach demselben Ziele schlägt der bekannte Bäckermeister Knönagel ein, indem er in einem demnächst erscheinenden Flugblatt: „Wider den Kornwucher „„Ansprache"" an mein Vaterland" die Staatsgesetzgebung zu Hülfe ruft. Er verlangt Aufstellung eines Maximumpreises für das Getreide, der mit dem Verhältniß des Arbeitslohns „sympathisirt". So lange der Cours unter diesem Preis steht, oder ihn nur erreicht, soll die Ausfuhr frei bleiben; wird der Preis überschritten so soll ein Ausfuhrverbot erfolgen. Die Absicht mag recht gut sein, allein wir halten sie für ziemlich unerreichbar. — Die rasche Veröffentlichung der zweiten Eingabe des Magistrats an Se. Majestät, welche bekanntlich in ein Paar auswärtigen Blättern erfolgte, hat hier so viel Anstoß erregt, daß eine besondere Commission niedergesetzt werden soll, um zu ermitteln, wer dazu die Hand geboten. Man bezeichnet diese Veröffentlichung als eine Indiscretion, welche höheren Orts um so mißfälliger vermerkt worden, als man es sich dort selbst vorbehalten gehabt, die Eingabe zugleich mit dem amtlichen Bescheide dem Druck zu übergeben. Es kann diese Geschichte für die Betheiligten möglicherweise viel Fatalitäten nach sich ziehen, obgleich die Magistrats-Mitglieder sämmtlich versichert haben sollen, daß sie sich unbetheiligt wüßten. — Die Literatur über die Bankfrage ist im fortgesetzten Zunehmen. Dieser Tage sind wieder zwei neue Brochüren erschienen, eine von dem hiesigen Banquier Mendelssohn, die andere von einem Pommerschen Gutsbesitzer. Beide bringen indeß wenig Neues. Die Frage scheint erschöpft und geschlossen, nachdem die Buschbeck'sche Brochüre über Staats-Giro-Banken auch dem Unsinne einen Namen geliehen. Hoffen wir nur, daß die Weisheit der Staatsregierung bald einen Ausweg treffe. Er ist nöthiger als je. Die deutsche Nationalbank soll indeß ihre Hoffnung auf eine Concessionirung in Preußen noch immer nicht aufgegeben haben. — Die hiesige Kaufmannschaft wird in einigen Tagen die Probe auf den neuen Geist zu bestehen haben, der sie seit einiger Zeit zu beseelen scheint. Es sollen neue Börsen-Vertreter gewählt werden. Fällt die Wahl wieder auf die bisherigen Mitglieder des Vorstandes, die ihre Posten seit ewigen Zeiten bekleideten, dann ist der Fortschritteifer noch nicht stichhaltig. Wir glauben aber eben als Garantie einer rüstigeren Epoche vorhersagen zu können, daß die bisherigen Börsenältesten nicht wieder gewählt werden.

** **Berlin**, 20. Nov. Gestern am Namenstag J. M. der Königin war in Charlottenburg, wo der Hof gegenwärtig residirt, große Festtafel, zu welcher auch mehrere Minister geladen waren; mehrere hatten die Einladung zu einem großen Fest bei Kroll zur Feier der Verleihung der Städteordnung angenommen. Der Minister Rother ist noch unwohl, so daß er zu keiner dieser Festlichkeiten erscheinen konnte. In dreien unserer Gymnasien wird jetzt von Herrn Stolze Unterricht in der Stenographie ertheilt und die Schüler sollen darin sehr gute, sogar kalligraphische Fortschritte machen. — Die allgemeine Theuerung fängt nun auch bereits hier an sich ungünstig auf den Verkehr zu äußern, die Gewerbsleute klagen und zwar zu einer Zeit, wo sonst das Meiste verdient wird. — Die verbrecherischen Anschläge in Posen scheinen im Keime erdrückt zu sein, es wird von denselben nichts übrig bleiben als eine lange Untersuchung. Das Publikum hat diesen Ereignissen keine große Aufmerksamkeit geschenkt, auch haben wir außer den Mittheilungen, die uns die Breslauer Zeitungen brachten, wenig von der ganzen Sache erfahren.

*† **Berlin**, 20. November. Herr Joh. Ronge ist gestern von Erfurt und Weimar kommend hier eingetroffen. Dem Vorstand der christkatholischen Gemeinde war angezeigt worden, daß er dessen Ankunft sogleich polizeilich zu melden hätte, dies ist geschehen und darauf beschränken sich die gesammten außerordentlichen Maßregeln, welche hier getroffen werden sollten. Wie man sagt, wird Herr Ronge bis zum Sonntag hier bleiben; die christkatholische Gemeinde wünscht sehr, daß er hier predigen möchte. — Das gestrige Festmahl bei Kroll ist heute Gegenstand aller Unterhaltungen. Unsere Zeitungen werden unzweifelhaft ausführlich über dasselbe berichten und auch die Toastreden geben. Während der Toast-Rede Sr. Excellenz des Ministers von Bodelschwingh, gerade als derselbe davon sprach, daß die Städte-Behörde mit der Regierung in derselben Gesinnung wirken solle, entstand eine zufällige Störung durch das Rücken einiger Stühle, worüber heute mancherlei glossirt wird, der Vorfall aber war so unbedeutend und ging fast unbemerkt vorüber, daß er nur Erwähnung verdient, um durch die Wahrheit den umlaufenden Uebertreibungen entgegen zu treten. Den ersten Toast brachte der Oberbürgermeister Geh. Ober-Regierungsrath Krausnick Sr. Maj. dem Könige, den zweiten der neue Stadtverordneten-Vorsteher Fournier Ihrer Maj. der Königin, den dritten der Bürgermeister Geh. Regierungs-Rath Naunyn Sr. K. Hoh. dem Prinzen von Preußen und dem K. Hause, den vierten der Stadtverordneten-Vorsteher Fournier den anwesenden Ehrengästen, worauf Se. Exc. der Minister von Bodelschwingh etwa Folgendes sagte: „Meine Herren! So oft ich die Ehre hatte, an diesem Feste Theil zu nehmen, ist dieser Trinkspruch von demjenigen unserer Collegen beantwortet worden, welcher der Stadt und ihren Behörden am Nächsten stand. Dieser College hat leider viel zu früh seine Amtsthätigkeit verlassen; ich versehe indeß seine Geschäfte. Darum schlage ich selbst den Trinkspruch vor: „Berlin, seinen wackern Bürgern, seinen Stadtverordneten und seinem Magistrat!" Die Städteordnung begründete nach dem Willen ihres erhabenen Gesetzgebers und Steins das Bewußtsein der eigenen Kraft und den Gemeinsinn und trug viel zur Wiedergeburt des Vaterlandes bei; daß dieser Zweck erfüllt worden ist, beweist unsere Stadt. Der Druck der Fremdherrschaft hat das Bewußtsein des Volks nicht erdrückt, ja 30 Jahre eines glücklichen und beglückenden Friedens haben unter dem Zepter zweier edlen gerechten Könige dieses Bewußtsein zu einer bisher nicht geahnten Größe entwickelt. Berlin, das so lange hinter seiner kaiserlichen Schwesterstadt an der Donau zurückstand, hat jene fast erreicht und täglich erstehen neue Straßen und Plätze. Daß unsere Stadt der Kaiserstadt an der Donau auch an Gewerbthätigkeit nicht nachsteht, bewies die letzte Gewerbeausstellung. Als Vereinigungspunkt eines Eisenbahnnetzes, wie es kaum noch in Europa weiter besteht, ist ihm das Gedeihen des Handels verbürgt, Kunst und Wissenschaft blühen und die Bürger haben einen regen Sinn für alles Große, Gute und Edle. Möge unsere Heimathstadt auf der Bahn des Gesetzes fortschreiten in dem Verein mit der Regierung, welche es gut mit ihr meint, nur darin ihre Kraft suchen. Möge sie vorwärts schreiten, vorwärts auf der Bahn im Licht der Sonne, nicht in dem der Feuersbrunst, welche nur den traurigen Anblick der Verödung zurückläßt. Möge das Band der Liebe und Freude, das unsere Stadt mit ihren Herrschern verbindet, immer fester geschlungen werden, damit die aufstrebende Größe des Staats ihren Stützpunkt in Berlin finde. 'Mögen Preußen und Berlin gedeihen, Berlins wackere Bürger, seine Stadtverordneten und sein Magistrat, Sie leben hoch!"

Mit dem Jahre 1847 laufen bekanntlich die Karlsbader Beschlüsse ab, deren Gültigkeit immer nur von 5 zu 5 Jahren (ursprünglich nur 3 Jahre) prolongirt wurde. Oesterreich hatte bekanntlich durch den Baron Werner den Antrag an das Preußische Kabinet stellen lassen, daß dieses die Erneuerung dieser Beschlüsse auf die folgenden 5 Jahre beantrage, und schien aus leicht erklärlichen Gründen ein besonderes Gewicht darauf zu legen, daß die Anregung hierzu von Preußischer Seite ausgehe. Allein Preußen hat, wie bereits gemeldet, dieses Ansinnen entschieden zurückgewiesen, vielmehr den Wunsch kundgegeben, daß es mit dem Ablauf der diesmaligen Gültigkeits-Periode der Karlsbader Beschlüsse sein Bewenden habe, und man von denselben auf die diesfallsige Beschlußnahme der Bundes-Akte zurückgehe

Erscheint es sonach aber schon jetzt außer Zweifel, daß von unserm Kabinette Maßnahmen zu erwarten sind, im Sinne des Schlußsatzes des Artikels 18, so kann dies nicht ohne entscheidenden Einfluß auf die andern Deutschen und namentlich die Deutschen konstitutionellen Staaten bleiben. Sagt man doch jetzt bereits, daß Preußen deshalb auf dem Wege des Kompromisses mit den andern Staaten seinen Zweck zu erreichen bestrebt sein werde. In diesen Verhältnissen aber, die nur anzudeuten wir uns begnügen mußten, liegt der Hauptgrund, weshalb die Stellung des künftigen preußischen Gesandten in Wien so außerordentlich schwierig werden wird. Alle diese Schwierigkeiten mehren sich aber noch um ein Bedeutendes, wenn man erwägt, welchem Staatsmanne gegenüber der preußische Gesandte die Ansichten und Maßregeln seiner Regierung zu vertreten hat. Dies scheint das preußische Kabinet auch sehr wohl zu fühlen und ist deshalb möglichst darauf bedacht, einen umsichtigen Diplomaten an den Wiener Hof zu senden. So war es in der letzten Zeit die Absicht, da sich andere Kombinationen zerschlagen hatten, den Grafen Arnim von Paris nach Wien, und dafür den Freiherrn von Arnim von Brüssel nach Paris zu versetzen; (der General v. Gerlach sollte für Brüssel ausersehen sein) allein diese Absicht ist wieder zu nichte geworden, indem ein eigenhändiger Brief von Louis Philipp sein Bedauern darüber ausspricht, einen so gewichtigen Diplomaten wie den Grafen v. Arnim von dem Pariser Hofe abberufen zu sehen, hierzu die Bitte fügend, denselben dort zu belassen. So wird denn diese Versetzung unterbleiben, und es läßt sich denn allerdings noch nicht bestimmt angeben, wer den Posten in Wien erhalten wird; leicht möglich indeß, daß sich die letztens von mir gemeldete Kombination mit dem Grafen Bernstorff verwirklicht. (Aachener Z.)

Wenn man überhaupt in der Gegenwart allen kirchlichen Angelegenheiten mit lebhaftem Interesse folgt, so sind es besonders die Verhältnisse der Central- und Provinzial-Behörden, und die Befugnisse der ihnen vorgesetzten Staats-Beamten, gegenüber der römisch-katholischen Kirche, die man in diesem Augenblick scharf ins Auge nimmt. Unter solchen Umständen wird auch sowohl in unsern Zeitungen wie in vielen Privatkreisen die durch das neueste Stück des Amtsblattes der Regierung in Potsdam (auch bereits in den Schlesischen Amtsblättern) veröffentlichte Königl. Verordnung vom 27. Juni, welche neue Bestimmungen in den Ressort-Verhältnissen der Provinzial-Behörden gebracht hat, viel besprochen. In derselben ist namentlich die Bestätigung der Vocation katholischer Geistlichen, mögen sie nun von einer bischöflichen oder Kapitel-Behörde, oder auch nur von einem Patronat berufen worden sein, von den Regierungen an den Ober-Präsidenten übergegangen. Wie bekannt, stehen aber nicht bloß die Provinzial-Consistorien unmittelbar unter dem Ober-Präsidenten, sondern die sogenannten interna oder innern Angelegenheiten der römisch-kathol. Kirche waren demselben bereits durch frühere Instruktionen, und namentlich durch die Dienst-Instruktion für die Pro- Provinzial-Consistorien vom 23. Oktober 1817, beigelegt. Hier heißt es, namentlich im 3ten und 4ten Paragraphen: „Die Angelegenheiten der landesherrlichen Rechte, circa sacra der römisch-katholischen Kirche, verwaltet, in so fern sie die interna derselben betreffen, der Ober-Präsident, unbeschadet der gesetz- und verfassungsmäßigen Amts-Befugnisse der dieser Kirche unmittelbar vorgesetzten Bischöfe. Das Consistorium ist in Ansehung dieser Angelegenheiten bloß eine berathende Behörde. Es hängt von dem Ober-Präsidenten ab, welche von denselben er von den katholischen Räthen zum Vortrag bringen lassen will." Unter die obenerwähnten interna, die dem Ober-Präsidenten beigelegt sind, gehören auch die Erörterungen päpstlicher Bullen und Breven, die Besorgung der Gesuche an den Papst, um canonische Bestätigung der von Seiten des Königs ertheilten geistlichen Würden, um Dispensation von Ehe-Verboten nach den Grundsätzen des canonischen Rechtes; ferner die Erörterung und Erledigung der Streitigkeiten mit andern Religions-Parteien über Gegenstände des öffentlichen Rechtes. Eine spätere Instruktion für die Ober-Präsidenten vom 31. December 18 5 weist, in Beziehung auf diesen Theil des Geschäfts-Bereichs derselben, gänzlich auf die oben angezogene Instruktion für die Consistorien hin, in dem es heißt: „Die Wahrnehmung des juris circa sacra catholicorum ist bereits durch die Dienst-Instruktion für die Consistorien näher bezeichnet." Unter diesen Verhältnissen ist allerdings der Wirkungskreis der Ober-Präsidenten auch in dieser Beziehung von großer Wichtigkeit. In einer an demselben Tage, wie die obige neue Instruktion für die Ober-Präsidenten, erlassenen Cabinets-Ordre werden die Provinzial-Consistorien durchaus außer aller Verbindung mit der Verwaltung der katholischen Kirchen-Angelegenheit gestellt, indem es ausdrücklich heißt: „Die Wahrnehmung des juris circa sacra der römisch-katholischen Kirche findet für die Consistorien, als nur evangelisch-geistliche Behörden, keine Anwendung mehr." Aus diesen hier aufgeführten Bestimmungen erklärt es sich sehr deutlich, wie die Herren Ober-Präsidenten stets eine sehr gewichtige Stimme in den Angelegenheiten des öffentlichen katholischen Cultus, und ganz besonders auch in den Sachen der deutsch-katholischen Gemeinden haben. (H. C.)

Königsberg, 16. Novbr. Gestern Nachmittag begaben sich Abgeordnete des Turnrathes und der älteren Turner in die Wohnung des Hrn. Polizeipräsidenten rc. Dr. Abbeg und überreichte ihm zwei Adressen, worin sie, im Anerkenntniß seiner Verdienste um den Verein und um die turnende Jugend ihm ihren Dank dafür aussprachen. (Königsb. Z.)

Eine strengere Sonntagsfeier ist wirklich von Seiten des neuen Polizeipräsidiums angeordnet worden. Während des Gottesdienstes soll kein Gasthaus geöffnet und kein sogenanntes Schaufenster der Kaufmannsläden aufgemacht werden, und schon sollen dem Vernehmen nach polizeiliche Strafen über die Uebertreter dieses von neuem ernstlich eingeschärften Gesetzes verhängt worden sein. Die „mobilen Colonnen" patrouilliren des Nachts häufig auf den Straßen, und der Polizeichef selbst nimmt an den Exkursionen persönlichen Antheil. In der That sind in letzterer Zeit unerhörte Diebstähle und Einbrüche vorgekommen, deren Vorhandensein allerdings die allgemeine Noth und die Menge fremder Arbeiter leicht erklären. (D. A. Z.)

Königsberg, 17. Nov. Die Ztg. f. Pr. brachte in Nr. 40 die Nachricht von gefänglicher Einziehung mehrerer Individuen in Posen, die communistischer Umtriebe dringend verdächtig wären. Correspondenznachrichten bestätigen dies nicht nur, sondern geben auch genauer an, daß in Folge der seit einem Jahre im Schoße der katholischen Kirche entstandenen Bewegung der Eifer für polnische Nationalität in der Provinz Posen von Neuem hervorgerufen werde. Die Geistlichkeit besorgt einen größern Abfall zu den Dissidenten und sucht ihn dadurch zu verhindern, daß sie die katholische Religion und die polnische Nationalität als eins darstellt und jene durch diese, die in dem Herzen des Polen tief wurzelt, zu sichern sich bemüht. Dieses Streben wird nun um so mehr erleichtert, da dem gemeinen Polen der Ausdruck Deutscher und Protestant durchaus identisch und der Deutschkatholizismus als eine besondere Art des Protestantismus so leicht darzustellen ist. Um diese nationalen Lehren noch eindringender zu machen, hat man beim niedern Volke hie und da communistische Versuche gemacht, während man für die mittleren und höheren Stände Ressourcen errichtete, die nur dem Polen zugänglich sein sollen. Wie früher schon in Posen im Bazar eine solche Nationalressource etablirt war, so hat sich neuerdings in Bromberg eine Ressource gebildet, zu welcher nur Polen Zutritt haben, und in welcher man auf eine Begeisterung für die polnische Sache hinzuwirken suchte. (Z. f. Pr.)

= βι = **Königsberg** 16. Nov. Heute Mittag um 11 Uhr hatten sich vor unserem Postgebäude viele Hunderte von Menschen versammelt. Es galt Hrn. Walesrode bei seinem Abgange nach der Festung Graudenz noch ein Zeichen freundlicher Theilnahme zu geben. Eine wehmuthsvolle Ruhe herrschte in der versammelten Menge und das innigste Mitgefühl stand auf jedem Gesichte geschrieben. Man drängte sich hervor, Walesrode noch einmal zum Abschiede die Hand zu reichen und ihm ein tröstendes Wort zuzurufen. Herr Walesrode selbst behielt die ruhigste Fassung und dankte einem Jeden mit herzlichen Worten. — Vorgestern wurde unsere Auswanderungsgesellschaft, welche eine ihrer öfteren berathenden Zusammenkünfte hielt, durch eine polizeiliche Verfügung aufgehoben. Es waren ungefähr 8 bis 10 Personen versammelt, die keine Ahnung von ihrem Schicksal hatten. Dennoch ist die Aufhebung keine definitive gewesen und hat das Schreiben des Polizei-Präsidii sich nur dahin ausgesprochen, daß die Gesellschaft bis zur Sanktion der Statuten ihre weiteren Zusammenkünfte suspendiren solle, obgleich in demselben Schreiben auf das Gesetz hingewiesen worden ist, welches diejenigen, welche Arbeiter zu Auswanderungsgelüsten verleiten, mit Zuchthausstrafe bedroht. — Man sagt, eine Uebervölkerung finde nicht allein nicht statt, sondern die nordischen Provinzen seien sogar noch so wenig bevölkert, daß sie zur Forderung ihrer Cultur Ansiedler aus übervölkerten südlichen Provinzen in sich aufnehmen könnten. Wenn man die Bevölkerung von Ost- und Westpreußen nach dem Flächeninhalt berechnet, so möchte dies allerdings der Fall sein. Es ist aber eine andere Frage, ob der Boden überhaupt einer Cultur fähig sei, welche im Stande, eine größere Einwohnerschaft zu ernähren? Die Beantwortung dieser Frage möchte sich jedenfalls nur verneinend herausstellen. Unter den obwaltenden klimatischen Verhältnissen ist der Boden einer bedeutenden Steigerung seiner Produktionskräfte nicht fähig, und nur zu oft schon haben sich Besitzer aus Schlesien und Sachsen, welche durch höhere ökonomische Intelligenz in unsern Provinzen goldene Berge zu erringen hofften, bitter getäuscht gesehen. Man hört zwar häufig von Gutsbesitzern Klagen über Mangel an Arbeitskräften — man hört diesen Mangel als Grund des langsamen Culturfortschrittes angeben, dennoch sind die Besitzer nicht im Stande ihren Leuten eine nur irgendwie ausreichende Existenz zu gewähren. Mich hat oft, besonders in Westpreußen, die traurige Lage der sogenannten Instleute gejammert, welche sich bei den Gutsbesitzern in Wohnung und Arbeit verdingen Wie aber sind diese Wohnungen, wie kärglich ist die Kost, die Wochenlang bei saurer Arbeit aus nichts als Kartoffeln besteht, welche in Heringslacke oder saure Milch eingetaucht werden. Branntweinsoff, verstockte Dummheit, Trägheit und Gleichgültigkeit sind die traurigen Folgen dieses physischen Elends. Die Gutsbesitzer selbst sind aus der Schuld, sie können nicht mehr geben, obgleich auf der andern Seite die Arbeiter bei der elenden Lebensweise so wenig leisten, daß eine größere Menge nothwendig wird. Auch in Königsberg steigt in Folge der Theuerung die Noth der arbeitenden Klassen. Erst noch heute sah ich ein herzzerreißendes Beispiel. Auf den steinernen Stufen einer Hausthür in einer der belebtesten Straßen war ein armes Weib vor Hunger und Ermüdung ohnmächtig niedergesunken. Fünf kleine Kinder, bleich wie der Tod, drängten sich weinend um die arme Mutter und küßten mit ihren blauen Lippen ihre kalten erstarrten Finger. Als sie wieder zu sich gebracht und von den Umstehenden einiges Allmosen erhalten, sagte sie mir, daß ihr Mann vor einiger Zeit gestorben und sie mit fünf kleinen Kindern in dieser gräßlichen Lage zurückgelassen. Sie verdiene täglich „fünf Silbergroschen" und verfertige Abends Strohteppiche, welche sie Sonntags zum Verkauf austrage. Eine Erhöhung der Tagelöhne bei der gegenwärtigen Theuerung ist jedenfalls eine Nothwendigkeit, welche, wenn nicht anders, durch Intervention der Behörden veranlaßt werden muß. Was könnte wohl die Folge einer obrigkeitlichen Bestimmung des niedrigsten Lohnsatzes sein? — In jedem Jahre werden hier einige Bälle veranstaltet, welche unter dem Namen von „Combinationsbällen" die drei verschiedenen Elemente der Gesellschaft, Bürger, Beamte und Militär vereinigten. Auch in diesem Jahre hatte sich zu diesem Zweck ein berathendes Comité gebildet, dessen Vorsteher der Herr General v. Esebeck, der Commerzienrath Mertens und der Banquier Oppenheim waren, als von Seiten des Gen. v. Esebeck die Bedingung gestellt wurde, die Kaufmannschaft möge zwei Personen von der Liste der Einzuladenden streichen. Natürlich zerschlugen sich die Berathungen, die Kaufleute zogen sich zurück und stellten später den Antrag an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft, den Saal des Kneiphöfchen-Junkerhofes zu dem Fest nicht zu bewilligen. Dieser Antrag mußte nun zwar abgelehnt werden, da der Saal jeder anständigen Gesellschaft für Geld vermiethet wird, aber die Kaufmannschaft und Bürgerschaft zog sich von dem Unternehmen gänzlich zurück, so daß nun für dies Jahr aus den Combinationsbällen nichts werden wird.

† **Aus dem Großherzogthum Posen,** 19. November. Daß die Sache, derenthalben jetzt hier an so vielen Orten Arretirungen vorgenommen werden, mit den rein national-polnischen Bestrebungen zusammenhängt, bei der das religiöse Element keine unwichtige Rolle spielt, ist jedem Klarsehenden deutlich genug. Aus Kalisch sind vor einigen Tagen drei katholische Geistliche nach Warschau abgeführt worden. In Ostrowo sind gestern scharfe Patronen ausgetheilt und die Wache verstärkt worden. Unter den vielfachen Gerüchten besagt das Eine, daß in Krotoschin ein Geistlicher verhaftet sei. Dieser Abende war die Post, als sie Nachts um 12 Uhr in Krotoschin anlangte, kaum im Stande, sich durch die in jener Stadt versammelte Menge von polnischen Bauern einen Weg zu bahnen. Von Ostrowo sind nun Husaren nach Adelnau abmarschirt.

∗∗ **Köln,** 17. Novbr. Am 3. künftigen Monats wird vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht ein Prozeß verhandelt werden, welcher des Gegenstandes wegen auch in entfernteren Gegenden Interesse erregen dürfte. Einer unserer Landtags-Deputirten, der Landrath Herr von Loë, das Haupt unserer Ultramontanen und Präsident des Borromäus-Vereins, ist nämlich eines Aufsatzes halber, den er in der Augsburger Allgem. Zeitung veröffentlichte und worin er sowohl den früheren Ober-Präsidenten, Herrn von Schaper, wie das Ober-Censur-Gericht bei Handhabung der Censur der Parteilichkeit zu Gunsten der evangelischen Interessen beschuldigte, wegen Beleidigung Beider zur Untersuchung gezogen. Bei der Oeffentlichkeit unseres Gerichtsverfahrens werde ich Gelegenheit haben, Ihnen über deren Ausgang sofort Nachricht zu geben. Herr von Loë ist unstreitig ein intelligenter Kopf und ein gewandter Redner, aber deshalb trifft ihn auch die Beschuldigung um so schwerer, auf dem letzten Landtage zuerst und fast allein die Debatten auf das religiöse Feld hinübergeführt und die

ohnedem leicht erregbare katholische Bevölkerung der Provinz, welche von der ultramontanen Parthei im Athem erhalten wird, irregeleitet und aufgereizt zu haben. Doch wer bei dieser Partei, welche hier am Rhein leider einen sehr merklichen Einfluß ausübt, Patriotismus finden wollte, würde ihn vergebens suchen; der Erreichung ihrer selbstsüchtigen Zwecke gilt allein ihr Streben, und Jeder, der es mit der Regierung gut meint, kann derselben gewiß nur rathen, stets ein wachsames Auge auf sie zu werfen.

Deutschland.

Dresden, 18. Novbr. Die Leipziger Stadtverordneten haben die Instruktion des bisherigen Commandanten der Communalgarde, welche ihnen erst jetzt bekannt geworden ist, zur Sprache gebracht, und wollen wegen derselben eine Beschwerde bei den Ständen einreichen. In dieser Instruktion wird nämlich der Commandant der Communalgarde in allen einzelnen Anordnungen unter den Kreisdirektor gestellt, und doch wurde der Commandant zur Verantwortung gezogen, daß er am 12. August nicht eigenmächtig eingeschritten sei.

Dresden, 18. Novbr. Die erste Kammer hatte für ihre heutige Sitzung die Berathung über den Bericht (Nr. 270 und 271 der Bresl. Ztg.) ihrer dritten Deputation, den Entwurf einer Adresse auf die Thronrede betreffend, auf die Tagesordnung gebracht. Bevor diese begann, zeigte der Registrandenvortrag den Eingang dreier weiteren Eingaben des ehemaligen Bürgervorstehers Krauß aus Annaberg an, bei denen das Präsidium eben so, wie bei dessen Petition gegen die Presse, darauf antrug, sie ad acta zu legen. Die erste dieser Eingaben war eine Petition, die dahin ging, daß den Deutsch-Katholiken nicht eher freie Religionsausübung in Sachsen zugestanden werde, bis dies von Seiten der preußischen Regierung ihnen zugestanden worden sei; wer nicht Katholik bleiben wolle, möge Protestant werden, und wer dies nicht wolle, könne seinen Gott nach seiner Ueberzeugung in seiner Stube anbeten; auch hoffe er, daß mit dem Papst eine Vereinigung zu Stande zu bringen sei, daß dieser die protestantische Kirche als eine seligmachende anerkenne. — Nach Vortrag der Registrande nahm der Vizepräsident v. Friesen den Präsidentenstuhl ein und v. Carlowitz bestieg als Re- Referent des Deputationsberichts in der Adreßfrage die Rednerbühne. Der erste der Sprecher bei der hierauf eröffneten allgemeinen Berathung war v. Erdmannsdorf, der damit begann, daß seit der letzten Berathung dieses Gegenstandes in der ersten Kammer in ihm eine gewaltige Sinnesänderung vorgegangen; wie Schuppen sei es ihm von den Augen gefallen, als ihn die Adreßberathung in der zweiten Kammer überzeugt hätte, auf welche Weise dort auch der an sich unschuldig scheinende Satz interpretirt werde; er könne jetzt nur unter der Bedingung für die Adresse überhaupt stimmen, wenn alle Anträge der Deputation angenommen würden. Was das Vorhandensein einer allgemeinen Aufregung betreffe, so kenne er eine solche nicht in dem Sinne, der dieselbe aus einer Mißstimmung hervorgehen ließe; es sei aber allerdings eine Theilnahme des Volkes an den Tagesfragen in hohem Grade vorhanden, und diese verwechsele man mit Aufregung. Der Kern des Volkes habe noch nicht einen Augenblick geschwankt in der Treue gegen das Regentenhaus und in dem Vertrauen gegen die Regierung; der Kern des Volkes empfinde Unwillen gegen die Aufreger, nur in dieser Beziehung finde man allgemeine Aufregung; ob in einzelnen Orten, nach Versicherung Einzelner, Aufregung herrsche, wolle er nicht untersuchen; doch sei diese da, wo sie allenfalls zu finden, eine unbegründete und unnatürliche, die von außen gekommen und von mancher Seite, wenn auch nicht böswillig, so doch absichtlich verbreitet worden. Sie gehe von einer Partei im Volke aus, die das Recht beanspruche, Das, was in ihrem Hirne spuke, als Volksmeinung geltend zu machen, als Volksmeinung an die Stände, an die Stufen des Thrones zu bringen, vor Allem aber diese ihre Ansichten in Volksversammlungen dem eigentlichen Volk aufzudrängen. Daß die Regierung dieser Partei und ihren Bestrebungen einen Damm entgegengesetzt, daß sie fest gestanden auf der Verfassung, das sei nicht reactionair, müsse vielmehr Alle zu lebhaftem Danke verslpichten, die in Sachsen künftig noch einen constitutionellen, keinen revolutionären Staat sehen wollten. — Hierauf erhielt Bürgermeister Wehner das Wort und sprach ungefähr Folgendes. Die Frage über das Vorhandensein einer Mißstimmung im Volke stehe mit der Adresse allerdings im Zusammenhange denn auf dieser Frage beruhe der Entschluß zur Abfassung der Adresse; er stimme im Ganzen hierin den Ansichten der zweiten Kammer bei. Wenn man andererseits diese Mißstimmung oder Aufregung auf gewisse Klassen des Volkes beschränken wolle, so entstehe die Frage, was man unter „Klassen" zu verstehen habe; er seinerseits klassifizire die Bevölkerung eines Landes nicht nach Ständen, sondern nach der Intelligenz, und wer hier auf einer niedern Stufe oder auf der des Stillstandes gefunden werde, gehöre in die niedrigste Klasse, er möge andererseits einem hohen Stande angehören oder einem geringeren. Nach dieser Klassifizirung herrsche allerdings Aufregung nur in gewissen Klassen, nämlich in den intelligenten. Diese Aufregung sei eine Krankheit, die durch ganz Deutschland sich erstrecke; sie sei nicht materieller Natur (denn in dieser Beziehung könne eine Aufregung, namentlich in Sachsen, nicht stattfinden), sondern entstanden aus geistigen Bedürfnissen. Den Grund dieser Krankheit werde man am sichersten finden im Vergleich der frühern Zeit mit der gegenwärtigen, und eben in diesem Vergleiche liege auch das Mittel zur Heilung derselben, es heiße dies: die Menschen wollen heute anders regiert sein, als vor 30 Jahren. Der Bildungszustand sei jetzt ein anderer, als damals; geistige Nahrung verlange jetzt Jeder, der lesen könne; wer diesem das Lesen verbiete, entziehe ihm die Nahrung, dies thue die Censur in harter Weise, und eine Mißstimmung sei daher natürlich. Man halte heimlich Gericht über den Deutschen und suche ihn, dem Treue und Ergebenheit angeboren seien, als revolutionair darzustellen. Er möchte die Frage aufwerfen: was soll werden, wenn diese Mißstimmung nicht beseitigt wird? Zwar solle es ihm nicht beigehen, diese Frage hier zu beantworten; er begnüge sich, statt der Antwort einen langen Gedankenstrich zu machen, so lang als die ganze erste Kammer, aber das müsse er aussprechen, daß wir einer Zukunft entgegengingen, die nicht im rosigsten Licht erscheine. Er sei ein Mann des Friedens im vollsten Sinne des Worts, und Niemand spreche die Worte des Predigers in der Kirche: „Der Friede Gottes sei und bleibe mit euch Allen" mit vollerer Seele nach, als er, und er wünsche von Herzen, daß man seine Worte beachten, seine Meinung nicht als die eines verkehrten Alten ohne Würdigung bei Seite schieben möge. — Kammerherr v. Metzsch schloß sich im Wesentlichen den Ansichten des Herrn von Erdmannsdorf an. Hr. v. Heynitz nahm für sich und die Mitglieder der 1. Kammer das Prädikat Volksvertreter in Anspruch, das Volk sei der Inbegriff aller Stände, und wehe der Nation, wo einzelne Stände das Volk ausmachen wollten; er komme in vielseitige Berührung mit dem Volk, und als Volksvertreter müsse er es aussprechen, daß das Volk von keiner politischen Aufregung ergriffen sei: wohl aber könne man in seiner Gegend von den Gebildeten vielfache Mißbilligung hören über den Ton, in welchem ein dortiges Lokalblatt redigirt werde. Hr. v. Watzdorf äußerte, wie einer der erfreulichsten Momente der Adreßberathung darin liege, daß die Regierung ausgesprochen habe, sie werde festhalten an der Verfassung, fest aber auch gegen die, welche über die Verfassung hinaus wollten. Daß nicht alle Staatsbürger echt konstitutionell im Sinne der Verfassungsurkunde seien, beweise ein Blick auf die eingegangenen Petitionen, namentlich auf die aus Leipzig, denn diese hätten nicht allein die Abänderung des Wahlgesetzes, sondern die Abänderung der Verfassung selbst zum Zweck; Regierung und Stände möchten solchen Bestrebungen mit Energie entgegentreten.

Amtshauptmann v. Welck erkannte in dem Adreßentwurfe der zweiten Kammer ein redliches Bestreben, eine gemeinschaftliche Adresse, die auch er für wünschenswerth halte, zu Stande zu bringen. Eine in der zweiten Kammer gefallene Beschuldigung, als habe das Ministerium bei den Leipziger Ereignissen Blut vergossen, verdiene keine Erwiderung, dagegen müsse er die Regierung gegen den ihr gemachten Vorwurf der Reaktion entschieden in Schutz nehmen. Die Regierung habe nach der Verfassung nicht anders handeln können, als sie gehandelt; Ueberlegung, Consequenz und Gewissenhaftigkeit, das Staatsschiff zu lenken, seien vorhanden. Nur Einen Vorwurf habe er der Regierung zu machen, es sei dies über ihr Verhalten gegen die Presse. Sie habe viel zu wenig Werth auf dieselbe gelegt; die Presse sei nicht die Stimme des Volks, sondern die Stimme Einzelner, die sich durch sie Einfluß im Volke verschaffen wollten. Die Presse müsse durch die Presse bekämpft werden, die Regierung hätte das Treiben der Presse uicht mit Stillschweigen übergehen, sondern durch Aufklärungen, Widerlegungen 2c. dahin wirken sollen, daß falsche Ansichten nicht Platz greifen konnten. — Der Referent v. Carlowitz machte darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um die Frage handele, ob Aufregung vorhanden sei, denn über diese sei auch die Deputation in ihrem Berichte hinweggegangen, und habe angenommen, daß diese Frage bei der frühern Besprechung der Adreßfrage bejaht worden, also abgethan sei. Reactionair könne er das System der Regierung nicht nennen; denn wolle eine Regierung eines constitutionellen Staats reactionaire Wege betreten, so werde sie vor Allem sich die Stände zu sichern suchen, durch Einwirkung auf die Wahlen ihren Zweck verfolgen; daß dies in Sachsen nicht geschehen, werde selbst von Denen lobend anerkannt, die der Regierung den Vorwurf einer reactionairen Tendenz gemacht hätten. Wo aber alles menschliche Wissen dem Irrthum unterworfen sei, könne auch die Regierung irren; dies sei indessen von einer Reaction noch weit entfernt, und so lange ein absichtliches Abweichen von der Verfassung nicht gefunden werden könne, werde er die Regierung in ihrem durch das Exposé des Ministeriums dargelegten Systeme stets unterstützen. Frhr. v. Schönberg-Bibran äußerte, daß die Klagen, als habe die Regierung nichts für eine freiere Verfassung der evangelischen Kirche gethan, ebenfalls unbegründet seien; Dogmen und Lehren könne man nicht so abändern, wie es der Ausdruck „zeitgemäß" zu erheischen scheine. — Hr. v. Criegern sprach sich im Sinne des Deputationsberichts dahin aus, daß eine Adresse möglichst allgemein gehalten und darin namentlich nicht auf Gegenstände eingegangen werde, die erst später zur speziellen Berathung kommen würden. — Graf v. Hohenthal-Püchau erklärte sich für die Ansichten, die v. Erdmannsdorf, v. Welck und v. Carlowitz ausgesprochen. Auf eine in der zweiten Kammer geschehene Aeußerung müsse er jedoch zurückkommen, da hier Namen genannt worden seien, nämlich die Behauptung, daß die reactionaire Tendenz der Regierung sich hauptsächlich von dem Ausscheiden des Hrn. Ministers v. Lindenau aus dem Ministerium datire. Er müsse gestehen, daß das Ausscheiden des Herrn Ministers v. Lindenau sein Vertrauen zum Kabinet nicht im mindesten erschüttert habe. Diese Aeußerung nahm Bürgermeister Wehner auf und bemerkte, es habe ihm weh gethan, die Behauptung zu vernehmen, v. Lindenau's Ausscheiden habe nichts zu bedeuten gehabt; Sachsen verdanke diesem viel, sehr viel, und der Wunsch, daß v. Lindenau jetzt noch Sachsen angehören möge, sei gewiß ein sehr gerechtfertigter. — Bürgermeister Starke erklärte sich gegen die Ansicht der Deputation hinsichtlich einer möglichst allgemeinen Fassung der Adresse und wünschte diesem Gesichtspunkte etwas weiter ausgedehnte Grenzen, was der Referent bekämpfte. Staatsminister v. Könneritz äußerte, daß die Organe der Regierung gewöhnt sein müßten, ihre Pflicht zu thun, unbekümmert, ob sie Anerkennung finde oder nicht; aber nicht gleichgültig könne es ihnen sein, ob ihr Streben von den Ständen, und namentlich von der ersten Kammer erkannt oder verkannt werde. Bürgermeister Wehner habe die von der Regierung bereits in der zweiten Kammer gemachte Bemerkung bestätigt, daß die Aufregung sich über ganz Deutschland erstrecke, mithin nicht durch das Regierungsprincip der sächsischen Regierung hervorgerufen worden sei. Er gebe zu, daß der Grund dieser Aufregung in der verbreitetern Intelligenz liege; ob aber diese Intelligenz selbst eine gesunde sei, da sie Ursache einer Krankheit geworden, dürfte bezweifelt werden. Die wahre Intelligenz wolle regiert sein nach Recht und Gesetz; die wahre Intelligenz verlange nicht blos Rechte, sondern sie gestehe auch Rechte zu. Die geistige Hebung des Volks müsse im Interesse der Regierung liegen, und er hoffe, daß eine Zeit kommen werde, wo die Intelligenz zu einer größern Gesundheit gelange. Mit der Erläuterung des Bürgermeisters Wehner, daß er keineswegs gesagt habe, die Intelligenz sei krank, wurde die allgemeine Debatte geschlossen und zur Berathung der einzelnen Paragraphen des Adreß-Entwurfs übergegangen. — Die ersten beiden §§ gaben zu keiner wichtigen Debatte Veranlassung. § 3 gab dem Freiherrn v. Welck Veranlassung, sich für wünschenswerthe Erleichterung der Elbschiffahrt auszusprechen, worauf der Staatsminister v. Zeschau seine in der zweiten Kammer über diesen Gegenstand gegebene Versicherung wiederholte und hinzusetzte, daß die Regierung nichts aus den Augen lassen werde, was der Erreichung dieses Zweckes förderlich sein könnte; auch sei als Beweis für diese Absicht in dem Budget bereits eine ansehnliche Summe zur Regulirung der Elbstrombarren in Ansatz gebracht. Hierauf fand auch dieser Abschnitt einstimmige Annahme. Zu § 3, den Deutschen Bund betreffend, hat die Deputation eine Erweiterung beantragt, die den Staatsminister v. Zeschau veranlaßte, auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die zu berücksichtigen kämen, wenn man von der Bundesversammlung gemeinsame Maßnahmen verlange. Eine solche Vereinigung sei besonders deshalb schwierig, weil sie namentlich in constitutionellen Staaten manche Modifikationen in der Verfassungsurkunde nöthig mache, andererseits aber die Souverainetät mancher Staaten gefährde; in ersterer Beziehung wäre vielleicht die sächsische Ständeversammlung eine der ersten, die klagend gegen derartige gemeinsame Bestimmungen auftreten würde. Er sei übrigens der Ansicht, daß die hohe Intelligenz, welche Deutschland so hoch gestellt, gerade in der Theilung seiner Staaten ihren Stützpunkt finde. Die Ordnung der literarischen Rechtsverhältnisse beweise übrigens, daß der Deutsche Bund gemeinsame Maßregeln in neuester Zeit in Ausführung gebracht habe. — Domherr Dr. Günther protestirte gegen den Satz des Deputationsberichts, welcher den Bundesbeschluß vom 5. Juli 1832 in Bezug auf die Maßregeln zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung in den deutschen Staaten als noch in Gültigkeit bestehend annimmt; dieser Bundesbeschluß müsse nach richtiger Interpretation als nicht mehr bestehend angesehen werden, denn es sei in seinem Eingang ausdrücklich gesagt, daß er nur „für die gegenwärtigen (damaligen) Verhältnisse und deren Dauer" gelten solle; nun sei aber doch ein großer Unterschied zwischen den Verhältnissen der Jahre 1832 und z. B. 1837 oder 1839, sodaß wohl dieser Beschluß als aufgehoben anzusehen, wenigstens aber doch seine Gültigkeit höchst zweifelhaft sein müsse. Der Referent erklärte in seinem Schlußworte, daß der Deutsche Bund hinter den Erwartungen, die er von ihm gehegt, weit zurückgeblieben sei und daß er

sich durch die von der Ministerbank in dieser Beziehung gegebene Erklärung nicht veranlaßt sehen konnte, diese Behauptung zurückzunehmen, denn sie ließe sich rechtfertigen, selbst wenn man von dem deutschen Bunde nicht mehr verlange, als die Entwickelung der in der Bundesakte und in der Wiener Schlußakte gegebenen Versprechungen. In Beziehung auf die Protestation des Domherrn Dr. Günther könne er aber einem Einzelnen das Recht nicht zugestehen, die Ungültigkeits-Erklärung des gedachten Bundesbeschlusses von 1832 auszusprechen; dies könnten nur die Gesetzgeber, also die Bundesversammlung selbst, diese aber habe bis jetzt sich noch nicht veranlaßt gesehen zu der Annahme, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo dieses Gesetz aufgehoben werden könne; hierin stimme mit ihm auch die Staatsregierung überein, und namentlich auch die Regierungen von Dänemark und Preußen. — Bei der Fragestellung wurde dieser Abschnitt des Adreß-Entwurfs mit dem von der Deputation vorgeschlagenen Zusatz einstimmig angenommen und hierauf die Sitzung wegen vorgerückter Zeit geschlossen und die Fortsetzung für die morgende Sitzung anberaumt. (D. A. Z.)

München, 15. November. Der durch den Freischaarenzug und die darauf erfolgte Gefangenschaft in Luzern bekannte Daffner ist seit einigen Tagen hier, wo seine Heimath ist. Auch sein Freund Georg Fein befindet sich auf deutschem Boden in Freiheit. Von Luzern aus wurden sie gefesselt durch die Schweizer Kantone und Sardinien transportirt. Erst im lombardisch-venetianischen Königreich nahm man ihnen die Fesseln ab, und sie wurden überhaupt in den österreichischen Staaten mit großer Humanität behandelt. — Kaum ist die allerh. Verordnung, den Getreidehandel betreffend, in Kraft getreten, so äußerten sich auch sogleich die wohlthätigen Folgen derselben auf unserer gestrigen Schranne. Obgleich das Fallen der Preise im Allgemeinen nicht sehr merklich war, so scheint doch dem weitern Steigen Einhalt gethan. Aufgestellt waren 16,192 Scheffel, wovon auf allerhöchsten Befehl 550 Scheffel aus den Getreideböden der k. Staatsrentämter zugefahren waren. (Dieselbe Quantität wird auf jeder Schranne bis auf Weiteres aufgestellt werden.) Unverkauft blieben 2018 Scheffel. Im Verhältniß zur letzten Schranne fiel Weizen um 41, Gerste um 13 und Hafer um 27 Kr. — Auf den Grund eines von dem Generalkomité des landwirthschaftlichen Vereins mitgetheilten Gutachtens empfiehlt die Regierung von Oberbaiern, Felder, auf denen sich die Kartoffelkrankheit gezeigt, tüchtig zu pflügen, und über den Winter ausfrieren zu lassen, für die nächste Aussaat aber bereits jetzt bei der Ernte den Bedarf auszuwählen und mit doppelter Vorsicht zu überwintern. (Nürnb. C.)

Vom Main, 13. Nov. Die oft besprochene Vermählung der Großfürstin Olga mit dem Erzherzog Stephan dürfte nun endlich doch durch die persönliche Dazwischenkunft des Kaisers ihre Lösung finden. Die russische Politik wird sich entschließen, von ihrem Grundsatze, der Beibehaltung der griechischen Religion abseiten der im Auslande vermählten russischen Prinzessinnen, in diesem speziellen Falle abzugehen*). Daß sich der Kaiser von Palermo (wie es heißt am 15. Nov.) nach Rom begiebt, kann insofern als ein bedeutsamer Schritt angesehen werden, als er von dem Oberhaupte der griechischen Kirche in Rußland geschieht, die dort Staatszweck ist, und die in dieser Eigenschaft einen schroffen Gegensatz gegen die römisch-katholische Kirche bildet, welche überdies noch der polnischen Revolution Hintergrund und Anlehnung gewährt. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß die Vermittelung des österr. Cabinets, die durch den Abstecher des Grafen von Nesselrode eine bestimmte Richtung erhalten hat, sich in zwiefacher Hinsicht wirksam erweisen wird. Sie wird der röm. Curie klar machen, daß ein Bestehen der röm.-katholischen Kirche in Rußland und Polen nur dann möglich sei, wenn sich dieselbe von allen politischen Beziehungen und noch mehr von allen politischen Umtrieben fern halte. Sie wird auf der andern Seite Rußland veranlassen, die starre Haltung der römisch-katholischen Kirche gegenüber zu mildern, und die griechisch-kirchliche Concentration nicht auf Kosten des römisch-katholischen Glaubens zu verfolgen. Das Schreckgespenst des gesellschaftlichen Umsturzes, das übrigens nicht ganz und gar Hirngespinnst ist, wird dahin wirken, auch diese Gegensätze zu versöhnen, und die römische Curie dürfte durch die Zustände in der Romagna um so mehr zur Nachgiebigkeit vermocht werden. Wie lange der Aufenthalt des Kaisers in Rom dauern wird, kann um so weniger vorhergesagt werden, als diese Reise, wie alle Reisen Sr. Maj. ins Ausland, eine Tendenz-Reise ist, der nur der Weg gebahnt worden ist. Man erwartet S. M. erst im Dezember in Wien und zu Weihnachten in Berlin. Das russische Neujahr wird der Kaiser in Petersburg feiern. Da man aber an Ueberraschungen von dieser Seite her gewöhnt ist, so wird man nur zu leicht vergebliche Arbeit haben, über die Reiseroute des Kaisers zu berichten. — Der Uebertritt der Großfürstin Olga wäre allerdings ein Ereigniß und ein hoher Triumph der Metternichschen Politik, — denn: in der, zumal im Orient und auf Hellas gegen den lateinischen Ritus so äußerst feindseligen, griechischen Kirche müßte dieses erste Beispiel eines Uebertrittes, (und zwar aus Anlaß der Vermählung mit einem nicht regierenden Prinzen) daß größte Aufsehen erregen und die erste Losung zu größerer Duldsamkeit sein, und zu minder gewaltsamer Proselytenmacherei, als jetzt an der Ostsee und in dem unglückseligen Polen. — Es würde dadurch den vielen Besorgnissen gegen Panslavismus, gegen Gräcismus, in Böhmen, in Ungarn und in dessen Nebenreichen, die Spitze gebrochen, ja, wo vorhin die verschiedensten Interessen, unausgleichbar und drohend zu collidiren schienen, würde sogar ein Bund zwischen Oesterreich und Rußland denkbar. — Offenbar erhielte auch die Frage wegen der Religionsungleichheit der griechisch-bayrischen Dynastie in König Otto und in seinen Nachfolgern, eine ganz andere Wendung. Ueberhaupt, wer vermäße sich wohl, die Consequenzen alle herzuzählen und vorzurechnen?? — (Weser-Ztg.)

Man spricht von einer sehr energischen Note, welche kürzlich in Betreff der Controversen über die Zollvereinsverhältnisse von Berlin nach London abgegangen. Wahrscheinlich enthält sie eine weitere Antwort auf die Insinuationen der Aberdeen'schen Note. Es ist zu hoffen, daß die preußische Regierung sich dazu verstehen wird, diese Aktenstücke zu veröffentlichen, damit nicht bloß das gesammte Deutschland, sondern auch das Ausland daraus ersehen, daß man nicht gewillt ist, sich von dem übermüthigen Albion Alles gefallen zu lassen. Auch ist zu wünschen, daß man nicht bei den bloßen Worten stehen bleiben, sondern durch die That zeigen werde, daß nirgends eine Rücksicht vorwalte, sondern die Ehre und die Interessen Deutschlands alles Andere überwiegen. Und dazu dürfte bei der nächsten Zollkonferenz in Berlin Gelegenheit werden. (Mannh. J.)

Stuttgart, 15. Novbr. Heinrich Loose ist von seiner Bodensee-Reise wieder zurück, wird sich aber demnächst nach Ulm begeben, um dort der verwais'ten Gemeinde zu predigen. In Konstanz ist es ihm ergangen wie Ronge; er durfte nicht als Redner auftreten, selbst nicht bei geschlossenen Thüren in dem von der deutsch-katholischen Gemeinde gemietheten Saale, demselben, in dem einst Huß von der Kirchen-Versammlung zum Feuertode verdammt worden war; ja Loose wurde sogar ausgewiesen! Auch sein Gottesdienst auf dem freien Boden der Schweiz sollte durch das Geschrei eines gedungenen Burschen gestört werden; dieser erhielt aber von einem danebenstehenden stämmigen Schweizer einen gewaltigen Streich, der ihm zwei Zähne einschlug. (F. J.)

Vom badischen Oberland, 12. Novbr. Stockach ist nun gleichfalls eingerückt in die Reihe der deutsch-katholischen Gemeinden, und zählt in Baden vorerst als die vierte, ist bis jetzt aber auch an Zahl der Mitglieder noch die schwächste. Dessen ungeachtet steht die Sache des religiösen Fortschritts in unserm Oberlande ganz anders, als ultramontane Blätter sie gewöhnlich darstellen. Denn wenn in einigen Bezirken und Orten durch die Sorge von Priestern aus der jüngern ultramontanen Schule auch große Finsterniß herrscht, so lebt doch der Wessenberg'sche Geist in vielen Seelsorgern und Gemeinden fort; aber eben weil es der Wessenberg'sche ist, so versucht er vorher noch alle gesetzlichen Mittel, die Reform, die er erstrebt, innerhalb der Kirche zu erhalten. Daher die Tausende von Petitionen um eine Kirchenversammlung, die jetzt bei uns in Umlauf sind. Bleiben diese, wie sich leider voraussehen läßt, ohne Erfolg, dann werden bald ganze Gemeinden, Stadt und Land mit ihren Seelsorgern der deutschen Kirche zufallen, und ich glaube nicht schlecht unterrichtet zu sein, wenn ich sage, ehe drei Monate vergehen, stehen im badischen Oberland 50,000 Deutschkatholiken da. Die bevorstehende Kammersession dürfte daher auch in dieser Hinsicht von hoher Bedeutung werden. (Frankf. J.)

Mannheim, 13. Novbr. In einer Eingabe, unterzeichnet von mehr als 80 Mitgliedern des großen Ausschusses, ist der Gemeinderath angegangen worden, eine Versammlung des großen Ausschusses anzuordnen, um eine Beschwerde an die Staatsregierung gegen die Handhabung der Censur und das Verfahren der hiesigen Polizeibehörden zu berathen. Der Gemeinderath hat hiernach eine Ausschußsitzung auf nächsten Mittwoch, 19ten d. M., anberaumt. Die Klagen über die hiesige Censur sind alt und bekannt. Es war Zeit, daß die Gemeindebehörden die Sache in die Hand nahmen; die Beschwerde an die Regierung wird den unzweideutigen Ausdruck der Gesinnung der hiesigen Bürgerschaft enthalten. (Oberrh. Z.)

Mannheim, 15. Nov. Durch Urtheil vom 13. Nov. hat das großherz. Hofgericht des Unterrheinkreises das Werk v. Struve: „Briefwechsel zwischen einem ehemaligen und jetzigen Diplomaten", frei gegeben, den Staatsanwalt mit seinem Strafantrag abgewiesen und die Staatskasse in sämmtliche Kosten des Prozesses verfällt. (Mannh. J.)

Konstanz, 13. Novbr. Vor kurzem hat man gelesen, wie der Streit wegen der gemischten Ehen zwischen unsern Ministern und der erzbischöflichen Kurie wieder zum Ausbruche kam. Aus sicherer Quelle wissen wir nun, daß im Ministerrathe ein Beschluß förmlich gefaßt worden ist, dem zufolge die hohe Kurie mit Entziehung ihrer weltlichen Einkünfte bedroht werden sollte, und daß dieser Beschluß lediglich durch das persönliche und kategorische Dazwischentreten des Großherzogs nicht zur Ausführung kam. (Kölnische Z.)

Darmstadt, 16. Novbr. Heute früh um 7 Uhr erfolgte die glückliche Entbindung J. K. H. der Prinzessin Karl von Hessen und bei Rhein von einem gesunden Prinzen.

Kassel, 16. November. Die öffentlichen Blätter haben den Abschluß eines Vertrages zwischen dem deutschen Zollverein und Hannover gemeldet, und obgleich die Einzelheiten desselben noch nicht bekannt sind, so ist doch die Nachricht bei uns mit der lebhaftesten Freude aufgenommen, weil Kurhessen als Nachbar Hannovers ein sehr lebhaftes Interesse für Verkehrs-Erleichterungen hat, und weil wir darin den Anfang zu näherer Verständigung und Einigung erblicken. Allein auch diese Freude scheint getrübt zu werden, denn heute verbreitete sich das Gerücht, daß die kurhessische Regierung die Ratifikation jenes Vertrages verweigert oder mindestens von einer Bedingung abhängig gemacht habe. Diese Bedingung soll die Führung der Verbindungsbahn zwischen Hannover und Minden über Nenndorf sein. (Weser-Z.)

Marburg, 15. November. In die unendliche Freude über Jordan's Freisprechung mischt sich schon der Mißton des tiefsten Schmerzes. Gestern wurde dem Hutmacher Kolbe und dem Universitätszeichnenlehrer Dr. Hach bekannt gemacht, daß ihre Verurtheilung in erster Instanz durch das Ober-Appellationsgericht in Kassel bestätigt sei. Beide wurden sofort verhaftet und werden demnächst nach Kassel abgeführt werden. Hach ist ein unbemittelter Familienvater, sein Urtel lautete bekanntlich auf Dienstentsetzung und zweijährige Festungsstrafe. Die Theilnahme an seinem Schicksale ist groß; möchte diese das Unglück seiner hülflosen Familie lindern. Hach wurde sogleich nach erlassenem Obergerichtsurtel gegen Bürgschaft freigelassen; dem Professor Jordan schlug nicht bloß das Obergericht dahier, sondern auch das Ober-Appellationsgericht in Kassel bis zu Anfang dieses Jahres eine gleiche Freilassung zu wiederholten Malen ab. (D. A. Z.)

Weimar, 17. Novbr. Ronge verließ uns am 16. Abends 6 Uhr, von mehreren Fackelträgern durch die Stadt geleitet und begab sich zunächst nach Dresden. (Spener. Z.)

Braunschweig, 18. Novbr. Nachdem die Stände zum 5. ordentlichen Landtage gestern sich hier versammelt, durch Prüfung der Vollmachten den Legitimationspunkt berichtigt, und in letzterer Beziehung dem Staats-Ministerium die erforderliche Anzeige gemacht hatten, war sofort die Resolution erfolgt, daß die Eröffnung des Landtages schon heute stattfinden solle. Dieselbe geschah mittelst einer Rede des ersten Staatsministers, Grafen von Veltheim. Das erste vorzunehmende Geschäft bestand darin, daß zu der Wahl von drei zu präsentirenden Mitgliedern für die Präsidentschaft geschritten ward. Die meisten Stimmen (34 gegen 9) fielen auf den Präsidenten des vorigen Landtags, Steinacker, der in der Reihe der präsentirten drei Kandidaten obenan steht. Eine Bestätigung ist von Seiten unserer Landesregierung noch nicht erfolgt, an deren raschen Expedirungen von Resolutionen man übrigens hier sehr

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

---

*) Die Großfürstin Olga gäbe nicht das erste Beispiel, daß russische Prinzessinnen, mit Beibehaltung des griechischen Bekenntnisses und ihrer eigenen hohen Hauskapelle, ins österreichische Kaiserhaus vermählt waren, so selbst die älteste Schwester des Kaisers Nikolaus, Alexandrine Paulowna, erste Gemahlin des Erzherzogs Joseph Palatinus, Vaters des Erzherzogs Stephan, die in der Burg zu Ofen ihren eigenen Popen und Cultus hatte, aber schon in ihrem ersten Wochenbette verschied. — Die erste Gemahlin des Palatinus war griechischer, die zweite reformirter, die dritte evangelischer Confession, worin wohl keine Intoleranz liegt. — Auch die Gemahlin des greisen Helden, Erzherzogs Karl, war protestantisch. — Aber selbst unter den seit 145 Jahren erloschenen Habsburgern findet sich, (und zwar gerade in der schwierigen Epoche des zwanzigjährigen Hussitenkrieges um den Kelch), eine Fürstin griechischen Glaubens, die Mutter Friedrichs IV., Großmutter Max I., die masurische Cimburg — Schon bei den Vereinigungsversuchen, 1551 und 1557, erinnerten die Botschafter des Czaars Iwan Wassiljewitsch hieran, und, daß sächsische und hohenstaufische Kaiser, (Otto und Philipp) auch König Heinrich von Frankreich und drei österreichische Herzöge, griechischen Prinzessinnen vermählt gewesen sein, ohne daß an einen Uebertritt gedacht worden. — Die Gemahlinnen Josephs I. und Karls VI., braunschweigische Prinzessinnen, traten allerdings über. Coetum, non numina mutant, stand auf den Gelegenheitsmünzen. — Man weiß, daß selbst die große Catharina es nicht wagte, ihre Enkelin das griechische Bekenntniß aufgeben und zum Protestantismus übertreten zu lassen, und eher ihr Lieblingsprojekt, der Vermählung mit Gustav IV. Adolf fallen ließ, das Schweden in einen russischen Vasallen-Staat umwandeln sollte.